

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Berichterstattung zu "Verdacht auf Missbrauch dienstlicher Kontakte durch pensionierte Polizeibeamte / ignorieren von Beschwerdeschrift nach § 172 StPO" bitten wir um eine Stellungnahme.

Unser Zeichen: SP-PR-DUHASTPOST

Bitte geben Sie dieses Zeichen bei Ihrer Antwort sowohl im Betreff als auch im Nachrichtentext an.

Bezug: Beitrag vom 29.06.2026

Report-Fokus: Ganz genau und ich setze einen oben drauf und Frage mal weiter.

PRESSEANFRAGE: Verdacht auf Missbrauch dienstlicher Kontakte durch pensionierte Polizeibeamte / ignorieren von Beschwerdeschrift nach § 172 StPO

An: Pressestelle der Senatsverwaltung für Justiz

Von: Christian Reimer, Freier Journalist (DVFJ, Ausweis-Nr. DE 765671343) / Redaktion
§entinel-Portal.com

Datum: 29. Juni 2026

Sehr geehrte Damen und Herren der Pressestelle,

für das Nachrichten- und LegalTech-Portal §entinel-Portal.com recherchiere ich zu strukturellen Compliance-Lücken bei den Behörden , der Justiz und Regierung.

Im Kern geht es um die Frage, inwieweit pensionierte Polizeibeamte ihre früheren Dienstgrade, ihr polizeitaktisches Wissen sowie noch aktive dienstliche Kontakte missbrauchen, um in privaten Zivil- und Familienstreitigkeiten (u.a. vor dem Amtsgericht Kreuzberg und dem Landgericht Berlin II) rechtswidrige Vorteile zu erlangen und gegnerische Parteien mit polizeilichen Maßnahmen (wie unbegründeten Einsätzen oder Einschüchterung) zu überziehen.

Hier ist zusätzlich die Frage aufgekommen, inwiefern Behörden und Regierung solch Bandenmäßiges vorgehen stützen und Hilferufe aus der Bevölkerung für unwichtig abtun.

Zudem liegt der Redaktion eine Mail an den Runden Tisch Mailer vor, in welcher wir nach genauer recherche festgestellt haben, dass der Senatsverwaltung für Justiz ein Angebot vorgelegen hat, welches den Verzicht einer Klageeröffnung machte.

Original-Ausschnitt E-Mail-Text 13.06.2026:

"Das Angebot zur justiziellen Selbstkorrektur:

Bevor dieser Schriftsatz formell am Kammergericht eingereicht wird und der Senat die Generalstaatsanwaltschaft Berlin per öffentlichem Beschluss wegen Strafvereitelung im Amt zur Anklageerhebung zwingen muss, gebe ich der Berliner Justizverwaltung hiermit die letzte Gelegenheit, diesen Skandal intern zu bereinigen.

Die Senatsverwaltung für Justiz hat das externe Weisungsrecht. Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Befugnis zur sofortigen Wiederaufnahme der Ermittlungen."

Wurde durch die Senatsverwaltung nicht nur ignoriert, sondern auf die Mail durch die Staatsanwaltschaft mit Einstellung sämtlicher Ermittlungen fast schon als Zeichen an den Bürger nur 3 Tage nach Zustellung der Mail, postalisch reagiert.

Da wir die Klageschrift erneut juristisch auswerten ließen und uns eine hohe Erfolgsaussicht dazu gegeben wurde, kommt hier die berechnete Frage auf, wie Sie als Juristen diese Erfolgsaussichten

dieser Klageschrift einschätzen?

Hauptsächlich fragt sich die Redaktion, warum man einen Hilfesuchenden Bürger zur Klageerhebung drängt und dies obwohl glaubhaft gemacht wurde, dass Beweise dringend wegen Verdunklungsgefahr, gesichert oder durch andere hoheitliche Maßnahmen vor nachträglicher manipulationen zu schützen sind!

Ist die Senatsverwaltung für Justiz bei Fragen wie VKH Betrug und AR Zeichen Würfeln, an einer Ermittlung nicht interessiert und akzeptiert durch das ignorieren solcher Eingaben das staatliche Gelder veruntreut werden?

Die Chronologische Auflistung der einzelnen Abläufe zeigte keine Indizien, sondern eine Kette an fragen, bei welcher Sie als Juristen doch hellhörig werden hätten sollen.

Ich weise darauf hin, dass die Antworten vollumfänglich in die anstehende Berichterstattung auf Sentinel-Portal.com sowie in den weiteren Austausch mit den bundesweiten Fachmedien einfließen werden.

Der Versand dieser Presseanfrage per E-Mail sowie die Reaktionszeit wird Live auf dem Portal gezeigt und jede Presseanfrage wurde gemeinsam mit einem Beitrag vorab für die Leser zur Verfügung gestellt.

Ich erwarte Ihre Stellungnahme unter Einbeziehung der Klageschrift bis zum 03.06.2026 12 Uhr.

Mit freundlichen Grüßen,

Journalist Reimer

Freier Journalist (DVFJ)

Redaktion Sentinel-Portal.com

Journalist Reimer

Anlage - Mailverkehrsdokumentation

Vorgang: Ach nein das gibt es ja gar nicht, die Klage? Na das musste erstmal bringen ■■

Zeichen: SP-PR-DUHASTPOST

Exportiert: 25.08.2026 10:52

Enthaltene Nachrichten: 1

Die Anlage dokumentiert den im Reporter-Copilot gespeicherten Mailverkehr in chronologischer Reihenfolge. Jeder Nachrichtentext wird mit einer SHA-256-Pruefsumme des gespeicherten Textes ausgewiesen.

Nachricht 1 - Ausgang - 29.06.2026 00:09

Betreff: Presseanfrage [SP-PR-DUHASTPOST] zu Ach nein das gibt es ja gar nicht, die Klage? Na das musste erstmal bringen ■■

Von: redaktion@sentinel-portal.com

An: poststelle@senjustv.berlin.de

Zustellstatus: sent

Message-ID: <178269174852.1461760.15360260539565570733@sentinel-portal.com>

Ticket-ID: ticket_82770ecebdb6

Text-SHA-256: 9776da34f3655ad70b6194c869f7822bcc9a159414897b01da1002bb0e3f6568

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Berichterstattung zu "Verdacht auf Missbrauch dienstlicher Kontakte durch pensionierte Polizeibeamte / ignorieren von Beschwerdeschrift nach § 172 StPO" bitten wir um eine Stellungnahme.

Unser Zeichen: SP-PR-DUHASTPOST

Bitte geben Sie dieses Zeichen bei Ihrer Antwort sowohl im Betreff als auch im Nachrichtentext an.

Bezug: Beitrag vom 29.06.2026

Report-Fokus: Ganz genau und ich setze einen oben drauf und Frage mal weiter.

PRESSEANFRAGE: Verdacht auf Missbrauch dienstlicher Kontakte durch pensionierte Polizeibeamte / ignorieren von Beschwerdeschrift nach § 172 StPO

An: Pressestelle der Senatsverwaltung für Justiz

Von: Christian Reimer, Freier Journalist (DVFJ, Ausweis-Nr. DE 765671343) / Redaktion Sentinel-Portal.com

Datum: 29. Juni 2026

Sehr geehrte Damen und Herren der Pressestelle,

für das Nachrichten- und LegalTech-Portal Sentinel-Portal.com recherchiere ich zu strukturellen Compliance-Lücken bei den Behörden , der Justiz und Regierung.

Im Kern geht es um die Frage, inwieweit pensionierte Polizeibeamte ihre früheren Dienstgrade, ihr polizeitaktisches Wissen sowie noch aktive dienstliche Kontakte missbrauchen, um in privaten Zivil- und Familienstreitigkeiten (u.a. vor dem Amtsgericht Kreuzberg und dem Landgericht Berlin II) rechtswidrige Vorteile zu erlangen und gegnerische Parteien mit polizeilichen Maßnahmen (wie unbegründeten Einsätzen oder Einschüchterung) zu überziehen.

Hier ist zusätzlich die Frage aufgekommen, inwiefern Behörden und Regierung solch Bandenmäßiges vorgehen stützen und Hilferufe aus der Bevölkerung für unwichtig abtun.

Zudem liegt der Redaktion eine Mail an den Runden Tisch Mailer vor, in welcher wir nach genauer recherche festgestellt haben, dass der Senatsverwaltung für Justiz ein Angebot vorgelegen hat, welches den Verzicht einer Klageeröffnung machte.

Original-Ausschnitt E-Mail-Text 13.06.2026:

"Das Angebot zur justiziellen Selbstkorrektur:

Bevor dieser Schriftsatz formell am Kammergericht eingereicht wird und der Senat die Generalstaatsanwaltschaft Berlin per öffentlichem Beschluss wegen Strafvereitelung im Amt zur Anklageerhebung zwingen muss, gebe ich der Berliner Justizverwaltung hiermit die letzte Gelegenheit, diesen Skandal intern zu bereinigen.

Die Senatsverwaltung für Justiz hat das externe Weisungsrecht. Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Befugnis zur sofortigen Wiederaufnahme der Ermittlungen."

Wurde durch die Senatsverwaltung nicht nur ignoriert, sondern auf die Mail durch die Staatsanwaltschaft mit Einstellung sämtlicher Ermittlungen fast schon als Zeichen an den Bürger nur 3 Tage nach Zustellung der Mail, postalisch reagiert.

Da wir die Klageschrift erneut juristisch auswerten ließen und uns eine hohe Erfolgsaussicht dazu gegeben wurde, kommt hier die berechtigte Frage auf, wie Sie als Juristen diese Erfolgsaussichten dieser Klageschrift einschätzen?

Hauptsächlich fragt sich die Redaktion, warum man einen Hilfesuchenden Bürger zur Klageerhebung drängt und dies obwohl glaubhaft gemacht wurde, dass Beweise dringend wegen Verdunklungsgefahr, gesichert oder durch andere hoheitliche Maßnahmen vor nachträglicher manipulationen zu schützen sind!

Ist die Senatsverwaltung für Justiz bei Fragen wie VKH Betrug und AR Zeichen Würfeln, an einer Ermittlung nicht interessiert und akzeptiert durch das ignorieren solcher Eingaben das staatliche Gelder veruntreut werden?

Die Chronologische Auflistung der einzelnen Abläufe zeigte keine Indizien, sondern eine Kette an fragen, bei welcher Sie als Juristen doch hellhörig werden hätten sollen.

Ich weise darauf hin, dass die Antworten vollumfänglich in die anstehende Berichterstattung auf Sentinel-Portal.com sowie in den weiteren Austausch mit den bundesweiten Fachmedien einfließen werden.

Der Versand dieser Presseanfrage per E-Mail sowie die Reaktionszeit wird Live auf dem Portal gezeigt und jede Presseanfrage wurde gemeinsam mit einem Beitrag vorab für die Leser zur Verfügung gestellt.

Ich erwarte Ihre Stellungnahme unter Einbeziehung der Klageschrift bis zum 03.06.2026 12 Uhr.

Mit freundlichen Grüßen,

Journalist Reimer

Freier Journalist (DVFJ)

Redaktion Sentinel-Portal.com